



Bundesministerium
des Innern
und für Heimat



Friedrich-Alexander-Universität
Erlangen-Nürnberg

Innerdeutsche Vernetzung von Grenzregionen

Workshop vom 16./17. Mai 2022

Zusammenfassung der Ergebnisse



auf Einladung des

Bundesministeriums des Innern und für Heimat,

Referat H II 2 „Grenzüberschreitende regionale Zusammenarbeit“

co-moderiert und dokumentiert von

Prof. Dr. Tobias Chilla, Dominik Bertram,
Markus Lambracht und Carola Wilhelm

Universität Erlangen-Nürnberg

Juni 2022

Inhalt

1.	Hintergrund des Workshops.....	1
2.	Wesentliche Ergebnisse im Überblick.....	2
2.1.	Netzwerk-Aufbau	2
2.2.	Jour fixe / Jahrestagung	3
2.3.	Parlamentarische Gruppe	4
2.4.	Feste Anlaufstelle (1): Schnittstelle Bundesebene („rotes Telefon“)	4
2.5.	Feste Anlaufstelle (2): Vernetzungs-Geschäftsstelle.....	5
3.	Die Workshop-Bausteine im Überblick	6
3.1.	Einführungsrunde	6
3.2.	Arbeitsgruppen	7
3.2.1.	Funktionsweise der Arbeitsgruppen	7
3.3.	Vorträge und weitere Impulse	13
3.3.1.	Verschiedene Input-Formate	13
3.3.2.	Begrüßung durch Ministerialdirigent Ralf Göbel (Unterabteilungsleiter H II im BMI)	13
3.3.3.	Vortrag von Prof. Dr. Tobias Chilla (Universität Erlangen)	13
3.3.4.	Vortrag von Peter Hansen (Sprecher der deutschen Mitglieder der AGEg)	14
3.3.5.	Vortrag von Frau Mag. Alexandra Deimel (Österreichisches Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus)	15
3.3.6.	Vortrag von Dr. Manuel Friesecke (Geschäftsführer der Regio Basiliensis)	15
3.3.7.	Vortrag von Jean Peyrony (Generaldirektor der Mission Opérationnelle Trans- frontalière).....	16
3.3.8.	Vortrag von Karl-Heinz Lambertz (Präsident der AGEg)	16
3.3.9.	Vortrag von Dawid Statnik (Vorsitzender der Domowina)	16
3.3.10.	Dinner Speech von Frau Rita Schwarzelühr-Sutter (Parlamentarische Staatssekretärin im BMI)	17
3.3.11.	Podiumsdiskussion zum aktuellen Koalitionsvertrag	17

1. Hintergrund des Workshops

Auf der Bundesebene haben die Grensräume mit Beteiligung Deutschlands in jüngerer Zeit zunehmend größere Aufmerksamkeit bekommen, insbesondere im Zuge der Bemühungen um gleichwertige Lebensverhältnisse.

Vor diesem Hintergrund ist im Herbst 2020 eine Studie durchgeführt worden, die das Thema der innerstaatlichen Vernetzung deutscher Grenzregionen analysiert hat¹. Die international vergleichende Studie hat gezeigt, dass eine verstärkte Vernetzung unter den deutschen Grenzregionen erhebliches Potenzial hat. Am 30.11.2021 ist darauf aufbauend ein Online-Workshop durchgeführt worden. Das Ziel des Workshops war es, mögliche Perspektiven der Vernetzung aufzuzeigen und hierdurch auch eine Vorarbeit für einen Präsenz-Workshop zu einem späteren Zeitpunkt ohne pandemiebedingte Hindernisse zu leisten.

Dieser Präsenz-Workshop konnte nun im Mai 2022 durchgeführt werden. Dessen Ziele waren insbesondere die weitere Konkretisierung der Handlungsoptionen hinsichtlich einer stärkeren Vernetzung. Der vorliegende Bericht fasst die wesentlichen Punkte aus den Diskussionen zusammen. In ihm werden die Ergebnisse v.a. der Diskussionen der Vertreterinnen und Vertreter aus den Grenzregionen festgehalten, sie sind allerdings nicht als eine Übereinkunft mit dem BMI zu werten.

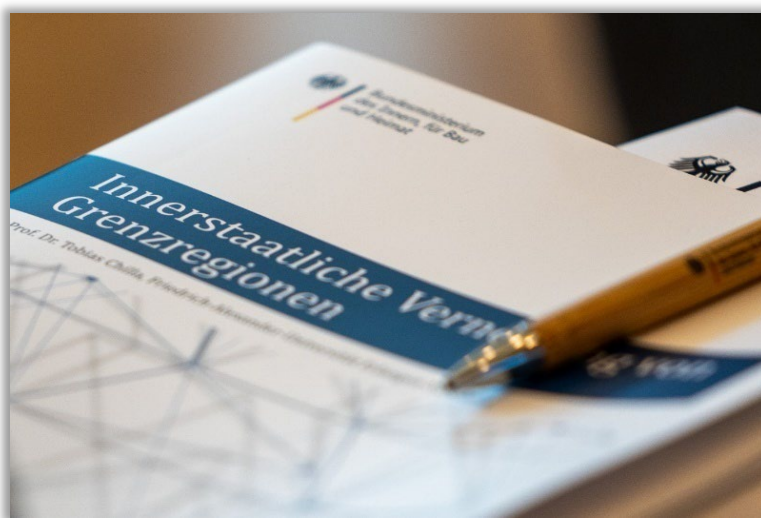


Abb. 1 Publikation zur innerstaatlichen Vernetzung von Grenzregionen (Quelle: BMI).

¹ <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/heimat-integration/innerstaatliche-vernetzung-grenzregionen.html>

2. Wesentliche Ergebnisse im Überblick

Die nachfolgenden Ausführungen stellen Handlungsoptionen vor, die eine stärkere Vernetzung der Grenzregionen Deutschlands untereinander ermöglichen. Sie wurden im Rahmen des Workshops in interaktiven Arbeitsgruppen, in Vorträgen und Podiumsdiskussionen aus sehr unterschiedlichen Perspektiven reflektiert. Die Darstellung ist nicht als Handlungsempfehlung zu verstehen. Vielmehr ist es eine kompakte Zusammenstellung der diskutierten Optionen in möglichst konkreter und plastischer Weise. Welche Optionen auf welche Weise umgesetzt werden, hängt letztlich vom politischen Willen und vom Engagement aller Ebenen ab.

Tab. 1 stellt die optionalen Bausteine in komprimierter Übersicht dar. Dabei werden fünf Tätigkeitsfelder und zwei Zeithorizonte unterschieden. Der Zeithorizont ‚kurzfristig‘ bezieht sich auf die unmittelbare Workshop-Nachbereitung. Der ‚mittelfristige‘ Horizont meint in etwa ein Jahr. Dies sei nachfolgend näher erläutert.

	Kurzfristig	Mittelfristig
Netzwerk-Aufbau	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Kontaktdaten per Mail an Teilnehmer schicken ▪ Systematische Information und Einladung der bislang nicht-präsenten Euregios 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ BMI oder AGEg stellt Akteursverzeichnis der Euregio-Ebene zur Verfügung und pflegt dies ▪ Anbindung Landesebene klären
Jour fixe / Jahrestagung	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Anschlussveranstaltung: ‚save the date‘ für Herbst, thematischen Fokus festlegen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Veranstaltungsreihe definieren und ‚betiteln‘, Zuständigkeiten klären
Parlamentarische Gruppe	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Euregio-Vertreter und ggf. BMI-Vertreter sprechen Parlamentarier an (Einladung Kamingespräch? Nächste Tagung?) ▪ Format Regional-Räte ‚mitdenken‘ 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Etabliertes Format im Bundestag (und/oder parlamentsübergreifend)
Feste Anlaufstelle (1): Schnittstelle Bundesebene („rotes Telefon“)	<ul style="list-style-type: none"> ▪ BMI-interne Überlegungen, wie umsetzbar 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Etablierung und Kommunikation nach außen
Feste Anlaufstelle (2): Vernetzungs-Geschäftsstelle	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Finanzierungsoptionen eruieren ▪ Grenzscouts ‚mitdenken‘ 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Strukturaufbau (Personal, Kommunikationskanäle, Außenpräsentation)

Tab. 1 Vernetzungsformate aus den Diskussionen des Workshops.

2.1. Netzwerk-Aufbau

Ziel: Das Ziel der Vernetzung besteht a) in der Sicherstellung von kontinuierlichen Lernprozessen unter den Vertretern aus den Grenzräumen und b) in der effektiven Interessensvertretung der Grenzräume im Politikgeschehen. Der Netzwerk-Aufbau meint dabei die notwendigen organisatorischen Schritte, die Voraussetzung für dessen Funktionieren sind.

Die Vernetzung von Grenzregionen innerhalb Deutschlands ist zwar ein recht junges Thema, kann aber auf Vorarbeiten aufbauen. Dies meint vor allem die Vernetzungs-Aktivitäten der deutschen Gruppe der Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (AGEG), koordiniert von Peter Hansen. Zum zweiten ist durch die bereits durchgeführten Veranstaltungen des BMI bereits ein gewisser Netzwerk-Effekt entstanden. Dennoch ist in diesen Aktivitäten bislang lediglich ein Teil der einschlägigen Ansprechpartner eingebunden und zudem ist der Austausch von limitiertem Umfang. Dabei ist klar, dass Vernetzungen auch in Zukunft auf unterschiedlichen Graden der Verfügbarkeit und des Engagements aus den Grenzräumen aufbauen wird. Hierbei ist es langfristig gesehen wünschenswert, dass alle Institutionen des Kooperationsgeschehens in diese Vernetzung eingebunden werden. Es ist auch zu klären, wie die Verzahnung mit der Länderebene organisiert werden kann.

Kurzfristige Aktivitäten: Im Anschluss an den Workshop sind die Kontaktdaten per Mail an die Teilnehmenden zu versenden. Dabei sind gerade auch die nicht präsenten Euregios und deren Mitwirkende über die Ergebnisse und das weitere Vorgehen zu informieren.

Langfristige Aktivitäten: Eine technische Voraussetzung für funktionierende Vernetzung ist ein umfassendes und stetig aktualisiertes Akteursverzeichnis der Euregios und weiteren Institutionen der Grenzräume. Hier ist eine klare Zuständigkeit zu finden, welche die Aktualität sichert. Für den grundlegenden Informationsfluss sind die Möglichkeiten im Bereich Social Media zu eruieren.

Letztlich tragen alle weiteren, nachfolgend skizzierten Formate zur verstärkten Vernetzung bei. Für den Fall, dass eine formale Geschäftsstelle für diese Punkte eingerichtet werden soll (s. Punkt 2.5), so würden die zuvor genannten Punkte darin aufgehen können.

2.2. Jour fixe / Jahrestagung

Ziel: Der Workshop selbst und auch das Online-Treffen im November 2021 sind auf ein positives Echo bei den Teilnehmenden gestoßen. Zudem wurde in den interaktiven Phasen der Wunsch nach Verstetigung der Treffen im Sinne regelmäßiger Veranstaltungen recht prominent geäußert. Tagungsformate mit ein- bis zweimaliger Durchführung pro Jahr stoßen auf die größte Zustimmung. Dabei sind unterschiedliche inhaltliche Schwerpunktsetzungen und Austauschformate vorstellbar. Beispielsweise wäre es denkbar, eine jährliche Tagung in Berlin vorzusehen, die primär den Austausch zwischen den politischen Ebenen anvisiert, insbesondere zwischen Bundesebene und euroregionaler Ebene. Ein zweites jährliches Treffen könnte rotierend in einer Grenzregion schwerpunktmäßig themenspezifische Austausch- und Lernprozesse zwischen den Euregios vorsehen.

Kurzfristige Aktivitäten: Um das Momentum aus den jüngeren Aktivitäten zur Vernetzung zu nutzen, erscheint eine Folgeveranstaltung für das zweite Halbjahr 2022 sehr sinnvoll. Hierzu sollte demnächst eine Terminfestlegung erfolgen („save-the-date“). Dabei bietet es sich an, nicht nur Fragen der Vernetzung und deren Institutionalisierung in den Mittelpunkt zu stellen, wie dies in den zurückliegenden beiden Workshops der Fall war. Vielmehr könnte nun auch ein thematischer Schwerpunkt bearbeitet werden.

Auf Basis der Workshop-Ergebnisse bieten sich folgenden Themen besonders an (ausführlicher s. Kap. 3.2.1:

- Gesundheit (insbesondere Patientenmobilität),
- rechtliche Fragen für Grenzpendler aus der zunehmenden Relevanz von Telearbeit (Home-Office),
- ‚Missing Links‘ im Bereich Verkehr und Transport.

Mittelfristige Aktivitäten: Die (Halb-)Jahrestagungen sollten eine gute Sichtbarkeit bekommen und auf routinierter Organisationsweise beruhen. Dafür sind vor allem Zuständigkeiten festzulegen und ggf. ein Rotations-Prinzip zu vereinbaren. Zudem ist ein griffiger Format-Titel zu finden. Nicht direkt vergleichbar, aber ein dennoch relevantes Beispiel ist das französische Format „Borders Forum“, das regelmäßig in Paris stattfindet.

2.3. Parlamentarische Gruppe

Ziel: Eine Gruppe von Parlamentariern aus den diversen Grenzregionen dient der parlamentarischen Verankerung des Themas. Insbesondere Abgeordnete des Bundestages können sich überregional zusammentun, um in Gesetzgebungsverfahren frühzeitig die Belange von Grenzregionen einzubringen. Der parlamentarische Rückhalt für die Vernetzung von Grenzregionen in Deutschland ist auch dahingehend wichtig, wenn es um die Zurverfügungstellung von Ressourcen geht.

Kurzfristige Aktivitäten: Zunächst ist es wichtig, die jeweiligen Parlamentarier über diese Idee zu informieren und erste Aktivitäten zu initiieren. Aus dem Ministerium heraus können erste Parlamentarier angesprochen werden (Herr Göbel hat diesbezügliche explizit Bereitschaft signalisiert). Parallel hierzu sollten Vertreter aus den Euregios der verschiedenen Grenzregionen ihre jeweiligen Parlamentarier ansprechen. Bei diesen Ansprachen erscheint es wichtig, ein konkretes erstes Format anzuvisieren – ein Kamingespräch oder auch die Mitwirkung an einer Folgeveranstaltung zu diesem Workshop sind naheliegende Gedanken. Wichtig ist eine organisatorische Koordinierung und kommunikative Zusammenführung.

Bei diesen Aktivitäten ist mitzudenken, dass das Format der sogenannten Regionalräte im aktuellen Koalitionsvertrag vorgesehen ist. Auch wenn dieses bislang politisch nicht konkretisiert worden ist, erscheint es plausibel, dass es zwischen parlamentarischer Gruppe und parlamentarischem Rat Überlappungen gibt. Eine parlamentarische Gruppe dürfte eher auf der Bundesebene und Regionalräte eher auf der grenzüberschreitenden Landesebene verankert werden, so dass eine enge Verzahnung sicher sinnvoll ist. Zum jetzigen Zeitpunkt fallen weitergehende Konkretisierungen schwer, so dass eher ein kontinuierlicher Austausch zu diesen Fragen unter den Beteiligten wichtig erscheint.

Mittelfristige Aktivitäten: Mittelfristig wäre ein kontinuierlicher Austausch von Parlamentariern des Bundestages wünschenswert, der sich in Form einer Parlamentarischen Gruppe institutionalisiert. Dadurch wäre die Perspektive der Grenzregionen im Gesetzgebungsverfahren und der diesbezügliche Informationsfluss stetig gegeben. Daneben erscheinen auch parlamentsübergreifende Netzwerkformate relevant.

2.4. Feste Anlaufstelle (1): Schnittstelle Bundesebene („rotes Telefon“)

Ziel: Insbesondere aus den Erfahrungen der Corona-Pandemie und der Fluchthematik von 2015 erwächst der Wunsch nach einer fest installierten Anlaufstelle, die im Krisenfall unmittelbar ansprechbar ist. Dabei steht nicht unbedingt die Lösung von konkreten Problemen im Vordergrund, sondern zunächst das Wissen über Zuständigkeiten und Ansprechpartner. Zudem erscheint die Unterstützung für einen zeitnahen Erhalt einschlägiger und grenzraumspezifischer Informationen sehr relevant. Das BMI wird als besonders geeignete Institution gesehen, um hier kurzfristig und kompetent helfen zu können. Dies gilt sowohl im Hinblick auf die Kommunikation mit den Nachbarländern als auch hinsichtlich von anderen fachlichen Ressorts innerhalb der Bundesebene. Dabei ist auf eine effektive Verzahnung mit den Tätigkeiten auf Länderebene zu achten. Thematische Beispiele aus den Corona-

Erfahrungen sind die häufigen Änderungen von Bestimmungen im Hinblick auf Testpflichten im In- und Ausland.

Kurzfristige Aktivitäten: Das BMI ist potentiell die geeignete Institution zur Einrichtung einer solchen Schnittstelle. Wenn eine solche Schnittstelle eingerichtet werden soll, so ist über notwendige Mandate und Ressourcen intern zu beraten.

Mittelfristige Aktivitäten: Wenn die Einrichtung einer solchen Krisen-Anlauf-Stelle anvisiert wird, ist deren Etablierung und Kommunikation nach innen und außen vorzunehmen. Zu bedenken ist hierbei insbesondere die Einbindung der Länder, um Doppelstrukturen zu vermeiden und Synergien zu nutzen.

2.5. Feste Anlaufstelle (2): Vernetzungs-Geschäftsstelle

Ziel: Eine Geschäftsstelle zur Vernetzung von Grenzregionen auf der Bundesebene ist das umfassendste Format. Deren Hauptaufgabe wäre das kontinuierliche Organisieren von Vernetzungsaktivitäten. Das umfasst insbesondere die Sicherung des Informationsflusses sowie die Vor- und Nachbereitung von Veranstaltungen.

Kurzfristige Aktivitäten: Eine solche Geschäftsstelle ist ressourcentechnisch das aufwändigste der hier vorgestellten Formate, sodass als erster Schritt die diesbezüglichen Möglichkeiten zu eruieren sind. Dabei ist zu bedenken, dass hier eine Struktur zu schaffen wäre, die nicht nur auf kurze Laufzeit angelegt ist.

Parallel zu diesen Überlegungen sollte mitgedacht werden, dass der aktuelle Koalitionsvertrag das Konzept der sog. Grenzscouts vorsieht. Zwar ist noch unklar, was die konkreten Aufgaben von Grenzscouts sein können. In der ein oder anderen Form sind Grenzscouts jedoch als ‚kommunikative Schnittstellen‘ zu verstehen. Hieraus könnten sich Überlappungen mit den Funktionen einer Geschäftsstelle ergeben.

Ähnlich wie bei dem Format des ‚roten Telefons‘ (s.o.) ist auch bei der Idee einer Geschäftsstelle die Verzahnung mit der Länderebene zu berücksichtigen. Insbesondere ist darauf zu achten, dass keine Doppelstrukturen entstehen.

Mittelfristige Aktivitäten: Die auf längere Sicht angelegte Etablierung einer Geschäftsstelle hat mit den einschlägigen Maßnahmen einherzugehen, wie insbesondere der Einrichtung einer Internetseite sowie digitaler Kommunikationskanälen und eine personelle Besetzung.

3. Die Workshop-Bausteine im Überblick

3.1. Einführungsrunde

Im Rahmen einer Einführungsrunde wurden die Teilnehmer gebeten, einige Informationen über sich selbst zu geben. Die nachfolgenden Abschnitte fassen die Ergebnisse kompakt zusammen.

Frage 1: Welchem deutschen Grenzraum ordnen Sie sich zu?

Die erste Frage hatte das Ziel, einen Überblick über die Zusammensetzung der Teilnehmenden zu geben. Die Abbildung zeigt, dass sich das Teilnehmerfeld (n=21) durch eine gute geographische Balance auszeichnet hat. Vertreter aller Grenzräume waren anwesend, in aller Regel mit mehreren Personen.

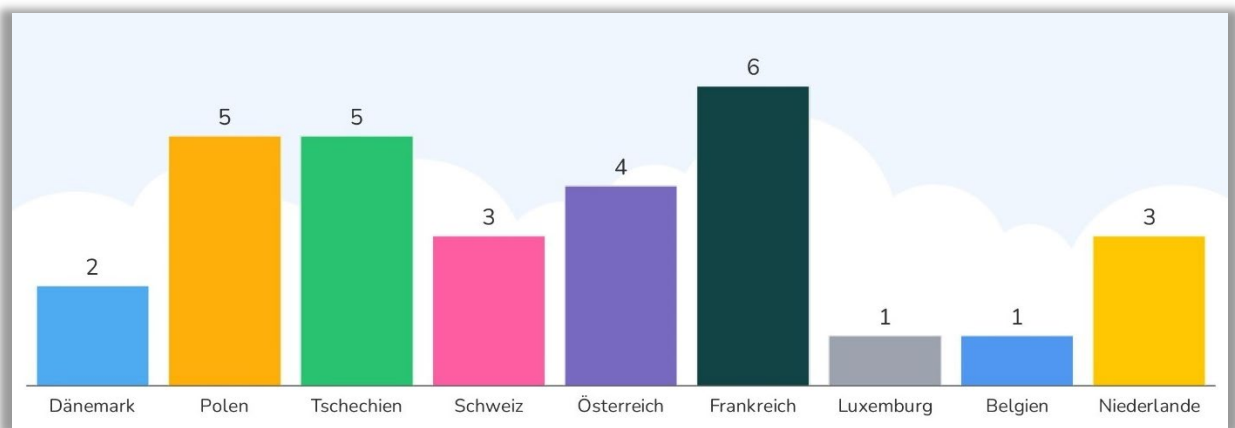


Abb. 2 Ergebnisse der Live-Umfrage: Frage nach Grenzraumzugehörigkeit.

Frage 2: Haben Sie am November-Workshop teilgenommen?

Die Antworten auf die zweite Frage zeigen, dass gut die Hälfte der Teilnehmenden bereits im November an dem Online-Workshop teilgenommen hatte. Dies ist positiv zu werten – zum einen zeugt dies von einem kontinuierlichen Interesse. Zum zweiten zeigt es, dass es auch gelingt, weitere Institutionen und Personen anzusprechen.

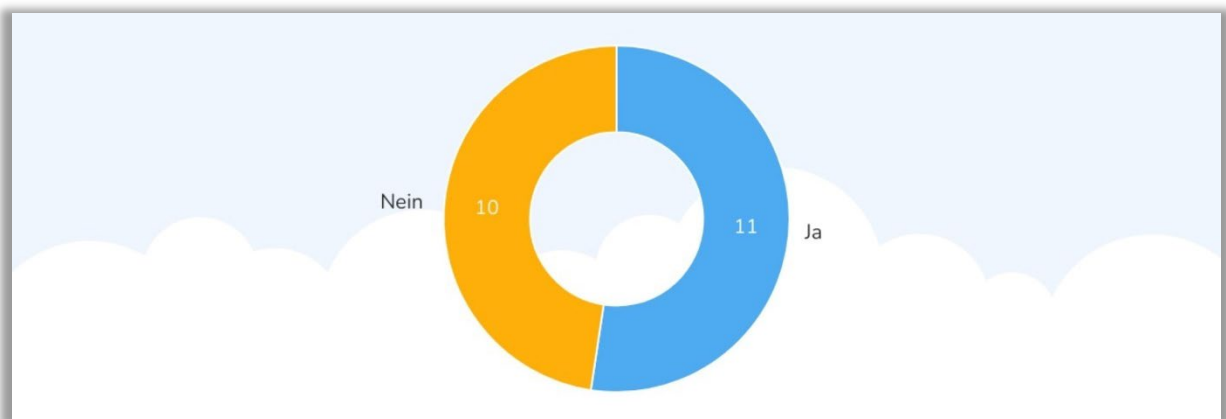


Abb. 3 Ergebnisse der Live-Umfrage: Frage nach November-Workshop Teilnahme.

Frage 3: Was erhoffen Sie sich von diesem Workshop?

Die Antworten auf die dritte Frage zeigen die Erwartungen der Teilnehmenden an diesen Workshop. Es ist offensichtlich, dass Aspekte der Vernetzung und des Austausches im Vordergrund stehen.



Abb. 4 Ergebnisse der Live-Umfrage: Frage nach Erwartungen der Teilnehmenden.

3.2. Arbeitsgruppen

3.2.1. Funktionsweise der Arbeitsgruppen

Die partizipative Phase des Workshops hatte zum Ziel, die Möglichkeiten einer verstärkten Vernetzung von Grenzregionen auf interaktive Weise auszuloten (siehe Abb. 5). Dafür wurden alle Teilnehmenden in drei Gruppen aufgeteilt, die jeweils 30 Minuten mit einem der drei Themen verbrachten. Diese Teilgruppen wechselten dann von einer thematischen Station zur nächsten. Die Arbeitsgruppen wurden an Moderationswänden oder -tischen angeleitet.



Abb. 5 Impressionen aus den Arbeitsgruppen (Quelle: BMI).

Die erste Arbeitsgruppe diskutierte vielversprechende Vernetzungsformate. Die zweite Gruppe fragte nach den Hauptadressaten und Zielen einer verstärkten Vernetzung. Die dritte Teilgruppe reflektierte thematische Schwerpunktsetzungen für künftige Aktivitäten. Die nachfolgenden Abschnitte fassen die Ergebnisse der intensiven Diskussionen zusammen. Diese Ergebnisse stellen die hauptsächliche Basis der eingangs geschilderten Handlungsoptionen dar.

Arbeitsgruppe 1: Vernetzungs-Formate

In der ersten Arbeitsgruppe stand die Frage nach möglichen Formaten der Vernetzung im Vordergrund. Dabei sollten die Workshopteilnehmer darlegen, *welche* Akteure *was* tun müssten um eine innerstaatliche Vernetzung der deutschen Grenzregionen nachhaltig zu etablieren (siehe Tab. 2). Auf Basis der Ergebnisse des vorangegangenen Workshops wurde nach ‚Begegnungsformaten‘, ‚informellen & institutionalisierten Netzwerken‘, einer ‚festen Anlaufstelle‘ und ‚sonstigen Formaten‘ gefragt.

In den Diskussionen stellte sich heraus, dass der Grad der Institutionalisierung von Kooperation nicht als zentrale Frage empfunden wird: Ob die Vernetzung also eher als kontinuierliches Begegnungsformat oder als Netzwerk organisiert werden sollte, wurde als nicht entscheidend angesehen. Daher wurden diese beiden Kategorien in der Dokumentation als ‚Begegnungsformat & Netzwerk‘ zusammengefasst.

Vernetzungsformat?	Wie?
Begegnungsformat & Netzwerk	<ul style="list-style-type: none"> - Jour Fixe oder Jahrestagung: 1-2 Treffen pro Jahr in Berlin oder wechselnden Orten, fachthematische Vertiefung, auch nach Aktualität - Kontaktdaten-Management - Vernetzung der Bundesministerien und -behörden zu Grenzthemen - Verknüpfung Bund und Land für bestimmte Themen der Grensräume - Austausch zu Tätigkeitsschwerpunkten und Projekten (Best Practice) - AGEG oder BMI Koordinierung, evtl. analog der Europaministerkonferenz - Gesprächskreis der MdBs mit Grenzbezug (Länder analog)
Feste Anlaufstelle	<ul style="list-style-type: none"> - Koordinierungsstelle Krisenmanagement („Troubleshooter“ oder „rotes Telefon“) - Koordinierungsstellen Krisenmanagement in den Regionen - Gründung feste Anlaufstelle (z.B. Büro) in Berlin aus dt. Gruppe AGEG - Finanzierung: BMI? AGEG? DtStGB?
Sonstiges	<ul style="list-style-type: none"> - Lobbyarbeit für Grenzregionen (z.B. im Bundestag oder bei anderen Ministerien) - BMI Sondertopf für Themen, die mehr als eine Euregio betreffen

Tab. 2 Ergebnisse der ersten Arbeitsgruppe im Überblick.

Als Akteure wurden bei nahezu allen Diskussionsbeiträgen entweder die Bundesebene (insbesondere das BMI) und die Grenzregionen (v.a. im Sinne der Euregios i.V.m. der AGEG) genannt. Neben den beiden Hauptakteuren spielt aber vor allem im Bereich des Krisenmanagements und der Informationsketten auch die Landesebene eine maßgebliche Rolle. Unterschiede in der Wahrnehmung von Zuständigkeiten und Verantwortungen der einzelnen Ebenen waren klar erkennbar. So stand für

die einen Workshop Teilnehmer die Bundesebene im Mittelpunkt der durchzuführenden Aktionen und für die anderen eher die Grenzregionen selbst. Aus den Diskussionen ging klar hervor, dass letztlich nur das Zusammenspiel beider Ebenen mit unterschiedlichen Zuständigkeiten zu einer nachhaltigen Etablierung der Vernetzung deutscher Grenzraumakteure führen kann. Im Detail wurden die Vernetzungsformate wie folgt kommentiert:

- **Austauschformate und Netzwerke:** Auf Bundesebene steht vor allem die Vernetzung der Bundesministerien und -behörden im Fokus, genauso wie die Verknüpfung von Bundes- und Landesstellen. Die Grenzümgebungen sollten den Austausch über Tätigkeitsschwerpunkte und auch den Best Practice Austausch vorantreiben. Ansatzpunkt war hier unter anderem die Einbindung von allen Grenzregionen in die deutsche Gruppe der AGEG. Als gemeinsames Ziel wurden neben einem umfassenden Kontaktdaten-Management vor allem der Wunsch nach festen Austauschformaten geäußert. Diese könnten als eine Art halbjährlicher Jour-fixe zu bestimmten aktuellen (Querschnitts)Themen organisiert werden (online oder in wechselnden Grenzregionen), aber auch jährliche Tagungen unter Einbezug von Bundes- und Landesbehörden erscheinen sinnvoll. Ergänzend wurde eine Analogie zur Europaministerkonferenz genannt. Ebenfalls sinnvoll könnte eine Parlamentarier-Gruppe zum Thema Grenzregionen im Deutschen Bundestag sein. Ansatzpunkt könnte hier die Aktivierung von Abgeordneten der Grenzregionen im Bundestag zur Gründung eines Gesprächskreises sein.
- **Feste Anlaufstelle:** Auf der einen Seite wurde die Koordinierungsstelle zum Krisenmanagement auf Bundesebene gefordert, als ‚Troubleshooter‘ oder ‚rotes Telefon‘ für Zeiten, wenn schnelle Reaktionsketten nötig sind. Hierbei wurde besonders der Bund als Akteur adressiert. Auf der anderen Seite stand auch die Gründung einer festen Anlaufstelle für die Grenzregionen (z.B. Euregios) auch außerhalb von Krisenzeiten in Kombination mit einer Plattform zu Wissen und Best Practice (z.B. Homepage, Newsletter) zur Debatte. Beide Möglichkeiten sind mit offenen Fragen der Ressourcenausstattung behaftet.
- **Sonstiges:** Ergänzend gilt es die unter ‚Sonstiges‘ genannten Ideen der Lobbyarbeit für die Grenzregionen auf allen Ebenen aber vor allem auf Bundesebene (z.B. bei den Ministerien aber auch im Bundestag), sowie die Forderung nach einem ‚BMI-Sondertopf‘ für Themen, die mehr als eine Euregio betreffen, zu nennen.



Abb. 6 Diskussion in der Arbeitsgruppe 1 (Quelle: BMI).

Arbeitsgruppe 2: Adressaten und Ziele einer innerdeutschen Vernetzung von Grenzregionen

Im digitalen Workshop zur innerstaatlichen Vernetzung im November 2021 wurde ermittelt, dass nur einige Vertreter der deutschen Grenzregionen bereits mit anderen deutschen Grenzregionen in regelmäßigem Austausch stehen. Zugleich hält die große Mehrheit der Teilnehmenden eine stärkere Vernetzung der deutschen Grenzregionen für sehr relevant.

Die zweite Arbeitsgruppe bestätigte zunächst, dass sich die deutschen Grenzregionen deutlich stärker vernetzen wollen, als sie das heute tun, und dies zunächst unabhängig davon, welches Vernetzungsformat sich dafür am besten eignet. Die Teilnehmenden in dieser Arbeitsgruppe haben vor diesem Hintergrund die Fragestellung bearbeitet: *Welche Akteure* möchten Sie zusammen mit *welchen Zielen* adressieren?

Abb. 7 stellt den die Ergebnisse in verdichteter Form dar.



Abb. 7 Verdichtete Ergebnisse aus Arbeitsgruppe 2 zum Thema ‚Adressaten und Ziele einer innerdeutschen Vernetzung von Grenzregionen‘.

Grundsätzlich können die Ergebnisse vier Ebenen zugeordnet werden:

- **EU-Ebene:** Die deutschen Grenzregionen können anhand einer stärkeren Vernetzung untereinander eine höhere ‚Sichtbarkeit‘ auf der europäischen Ebene erreichen. Besonders der Ministerrat der Europäischen Union sowie die Europäische Kommission können zusammen besser adressiert werden. Der Abbau von Hemmnissen im grenzüberschreitenden Alltag sowie zielgerichtete Optimierung von Förderprogrammen können so forciert werden.
- **Nationale Ebene:** Gemeinsame ‚Lobby-Arbeit‘ auf nationaler Ebene führt zu einer höheren Aufmerksamkeit für deutsche Grenzregionen. Als Adressaten werden an dieser Stelle allen voran die Bundesregierung, Bundestag (‚Parlamentarier mit Grenzbezug‘) sowie das Bundesministerium des Innern und für Heimat genannt, das als eine ‚Speerspitze‘ in andere Bundesministerien bezeichnet wird und als ‚Vermittler‘ für sektoralen Informationsfluss in und

aus den Grenzregionen agieren könnte. Grundsätzlich erhoffen sich die Akteure eine ‚grenzraumsensible‘ Gesetzgebung in Sektoralpolitiken sowie im Bundeshaushalt. Darüber hinaus wird die nationale Ebene als ‚high-level‘-Unterstützung beim Zugang zum Nachbarstaat adressiert.

- **Regionale Ebene:** Auf der regionalen Ebene werden die ‚Euregios‘ als grenzüberschreitende Akteure adressiert. Der übergreifende Erfahrungsaustausch zu ‚Best Practice‘ und der ‚Know-how‘-Transfer wurden als wesentliche Voraussetzung für das ‚Gehört werden‘ auf den höheren Ebenen gesehen.
- **Kommunale Ebene:** Die kommunalen Akteure als Zielgruppe des ‚Tagesgeschäfts‘ der Institutionen in deutschen Grenzregionen werden im Rahmen von gemeinsam kommunizierten Problemlösungsstrategien adressiert. Der Erfahrungsaustausch auf euro-regionaler Ebene kann zu übertragbaren Lösungen auf der lokalen Ebene in mehreren deutschen Grenzregionen führen. Als relevante Adressaten wurden in diesem Zusammenhang auch die lokalen Wirtschaftsverbände und Bildungsinstitutionen genannt.



Abb. 8 Diskussionen in Arbeitsgruppe 2 (Quelle: BMI).

Arbeitsgruppe 3: Themen und Fragestellungen

Die dritte Arbeitsgruppe diskutierte mögliche thematische Schwerpunkte der künftigen Aktivitäten. Die diesbezüglichen Vorschläge waren facettenreich, und dabei unterschieden sich die Priorisierungen auch oft zwischen den Grenzregionen. Abb. 9 führt in stark komprimierter Weise die Themen zusammen, die über die verschiedenen Teilgruppen hinweg besonders häufig oder intensiv angesprochen wurden.

Verkehr & Mobilität <ul style="list-style-type: none">• ÖPNV• Missing links - Infrastruktur• ...	Umwelt <ul style="list-style-type: none">• Monitoring (räuml. Daten)• Klimawandel / -folgen• Energie (Wasserstoff, Wasser,...)• ...	Gesundheit <ul style="list-style-type: none">• Patientenmobilität /gemeinsame Gesundheitsregionen• ‚Blaulicht‘• ...
Rechtliches <ul style="list-style-type: none">• Raumb Beobachtung• Besteuerung• Ansprechpartner bei Grenzschießung• ...	Arbeitsmarkt & Bildung <ul style="list-style-type: none">• Telearbeit• Spracherwerbsangebote• Gemeinsame Bildungswege, Anerkennung• ...	Sonstiges <ul style="list-style-type: none">• Begegnungsorte schaffen (Kultur, Sport)• Grenzschießungen verhindern• ...

Abb. 9 Verdichtete Ergebnisse aus Arbeitsgruppe 3 zum Thema ‚Themen und Fragestellungen‘ für künftige Aktivitäten.

Im Ergebnis zeigt sich hierbei ein Themenbild, dass sowohl eher klassische Problemstellungen (Lückenschlüsse im Verkehrsbereich) und als auch recht neue Themen (Homeoffice bei Grenzpendlern) umfasst. Mehrfach wurde betont, dass thematische Schwerpunktsetzungen auch aktuelle Dynamiken aufgreifen müssen. Dies kann sich insbesondere aus krisenhaften Entwicklungen oder aus aktuellen Gesetzgebungsvorhaben ergeben.



Abb. 10 Impressionen aus den Gruppenarbeiten (Quelle: BMI).

3.3. Vorträge und weitere Impulse

3.3.1. Verschiedene Input-Formate

In Kap. 4.2 ist die Tagesordnung des Workshops enthalten, der recht unterschiedliche Formen des Inputs enthielt (Vorträge, Podiumsdiskussion und Dinner Speech). Die vorliegende Dokumentation zielt nicht darauf ab, deren Inhalte vollständig abzubilden. Die hauptsächliche Funktion der verschiedenen Inputs bestand darin, die Ideenentwicklung der Teilnehmenden anzuregen. Im Folgenden seien dennoch einige Sätze zu den verschiedenen Inputs festgehalten, um die facettenreiche Vielfalt der Perspektiven zu illustrieren.

3.3.2. Begrüßung durch Ministerialdirigent Ralf Göbel (Unterabteilungsleiter H II im BMI)

In seiner Begrüßung betont Ministerialdirigent Ralf Göbel die Relevanz der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und zugleich die Vielfältigkeit der Kooperationsformen in den deutschen Grenzregionen. Er nahm Bezug auf die Erfahrungen in den Grenzräumen während der Pandemie, als vor allem Grenzkontrollen auf erschreckend drastische Weise gezeigt hätten, dass die Liberalisierungen der letzten Jahrzehnte nicht selbstverständlich sind. Zugleich betonte er, dass das BMI in dieser Zeit kontinuierlich in das Bemühen um Lösungen eingebunden war. Diese Erfahrung habe für das BMI die Wichtigkeit einer Unterstützung von Grenzräumen deutlich vor Augen geführt. Vor diesem Hintergrund misst Ralf Göbel dem Workshop große Bedeutung zu. Zugleich biete dieser die Möglichkeit, die Aussagen des Koalitionsvertrages zu Grenzräumen zu diskutieren – insbesondere die Konzepte ‚Regionalräte‘, ‚Experimentierklausel‘ und ‚Grenzscouts‘ stellen wichtige Ausgangspunkte für die kommenden Jahre dar.



Abb. 11 Einführung durch Ministerialdirigenten Ralf Göbel (Quelle: BMI).

3.3.3. Vortrag von Prof. Dr. Tobias Chilla (Universität Erlangen)

Der Vortrag von Prof. Dr. Tobias Chilla fasste zunächst die Ergebnisse zusammen, die sich aus der Studie zur Vernetzung von Grenzregionen in Deutschlands Nachbarländern ergaben (hierzu s. Kap. 1). Zudem nahm er in kompakter Weise auf die Erkenntnisse aus dem Online Workshop im November 2021 Bezug.

Insgesamt ergab sich hieraus ein Bild, das eine intensivierte Vernetzung von Grenzregion auf der innerstaatlichen Ebene vielversprechend erscheinen ließ. Zudem betonte er, dass es keine einfachen Standardlösungen für verstärkte Vernetzungen gebe. Allerdings haben andere Länder sehr unterschiedliche Zuschnitte etabliert, die als lohnende Inspiration erscheinen.



Abb. 12 Das Plenum während des Online-Vortrags von Prof. Dr. Tobias Chilla (Quelle: BMI).

3.3.4. Vortrag von Peter Hansen (Sprecher der deutschen Mitglieder der AGEG)

Peter Hansen kommentierte die aktuelle Situation auf euroregionaler Ebene unter Bezugnahme auf etliche Beispiele aus der Region Sønderjylland-Schleswig an der deutsch-dänischen Grenze, wo er das Regionskontor leitet. Eine wichtige Erfahrung während der Pandemie war, dass in den Grenzregionen sehr ähnliche Herausforderungen auftraten, die vor allem auch im erschwerten Informationsfluss bestanden. Zugleich wurden in einigen Grenzregionen Lösungen gefunden, die das Potenzial als Best Practice auch für andere Regionen hatten. Beide Aspekte – Problemformulierung und Lösungsentwicklung – rufen letztlich nach verstärkter Kommunikation auch unter den Grenzregionen. Trotz inzwischen langjähriger Vernetzungen innerhalb der Arbeitsgemeinschaft europäischer Grenzregionen ist das Potenzial bei Weitem noch nicht erschöpft.



Abb. 13 Peter Hansen, Sprecher der deutschen Mitglieder der AGEG (Quelle: BMI).

3.3.5. Vortrag von Frau Mag. Alexandra Deimel (Österreichisches Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus)

Frau Deimel skizzierte die Situation in Österreich, wo ein erheblicher Teil der Gemeinden in Grenzübereichen liegt. In Österreich spielt die Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK) eine maßgebliche Rolle bei der Vernetzung und Koordination von Grenzregionen. Die ÖROK nimmt eine zentrale Rolle als Schnittstelle zwischen innerstaatlicher und europäischer Ebene ein. In ihrem Aufgabenbereich liegen diverse Funktionen in der europäischen Regionalförderung und der EU-Strukturfondsprogramme (z.B. Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen den programmverantwortlichen Stellen, Abstimmung an Schnittstellen zwischen den Programmen, ...). Dies betrifft auch die programmübergreifende Koordination im Bereich der grenzüberschreitenden Kooperationsprogramme (Europäische Territoriale Zusammenarbeit/INTERREG).

Seit 2012 ist die ÖROK AG Cross-border Cooperation in Folge einer ÖROK-Projektempfehlung eingerichtet. Hier arbeiten die Regionalkoordinatoren der neun Bundesländer, die einschlägigen Bundesministerien sowie österreichische Programmbehörden in umfassender Weise am Thema INTERREG zusammen. Vertreter von Städte- und Gemeindebund sowie der Wirtschafts- und Sozialpartner sind ebenfalls eingebunden. Dies erfolgt im Rahmen von gemeinsamen Sitzungen, einem gemeinsamen Wissensspeicher und thematischen Aufbereitungen. Die ‚Euregio-Ebene‘ ist hier allerdings nicht direkt eingebunden.



Abb. 14 Frau Mag. Alexandra Deimel skizziert die österreichische Situation (Quelle: BMI).

3.3.6. Vortrag von Dr. Manuel Friessecke (Geschäftsführer der Regio Basiliensis)

Dr. Friessecke skizziert die Situation in der Schweiz. Er stellte insbesondere die zwei folgenden Elemente einer vernetzten Koordination von Grenzregionen auf der inner-schweizerischen Ebene vor: Die Interkantonale Koordinationsstelle bei der Region Basiliensis (IKRB) arbeitet im Auftrag der Kantone Basel-Landschaft, Basel-Stadt, Aargau, Jura und Solothurn. Die IKRB gewährleistet eine abgestimmte und wirksame Beteiligung der Nordwestschweizer Kantone an der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit am Oberrhein und auf europäischer Ebene im Auftrag der Kantone und des Bundes.

Der Referent weist zudem auf die Bedeutung der Treffen der Außendelegierten aus allen Schweizer Kantonen hin. Diese Treffen finden zwei Mal jährlich statt auf Einladung einer der 26 Kantone. Die Programmgestaltung ist betont informell und verzichtet auf Protokoll und Beschlüsse.

Dieses Schweizer Beispiel ist zum einen interessant, weil hier eine Lösung in einem sehr föderalen Staatsaufbau gefunden wird. Zum zweiten stellt es mit der IKRB ein Beispiel dar, in dem eine regionale Mittelebene gefunden wird, also eine Ebene zwischen der Bundesebene und der kantonalen, regionalen Ebene.

3.3.7. Vortrag von Jean Peyrony (Generaldirektor der Mission Opérationelle Transfrontalière)

Jean Peyrony stellte die MOT (Mission Opérationelle Transfrontalière) vor, deren Generaldirektor er in Paris ist. Er skizziert die Funktionsweise der europaweit wohl umfassendsten Institution zur Vernetzung und Unterstützung von Grenzregionen. Er betont zunächst die Schnittstellen-Funktion der MOT innerhalb der Mehrebenen-Governance (lokal, national, EU). Er hebt dabei den Aachener Vertrag zwischen Frankreich und Deutschland (2019) hervor, der als Inspiration auch für Verträge mit weiteren Nachbarstaaten wirkt. Die MOT ist mit ihrer Expertise in diese verschiedenen bilateralen Abkommen eingebunden. Auf europäischer Ebene will die MOT die Partnerschaft mit den Institutionen der AGEG und dem CESCO (Budapest) weiter ausbauen.

Anhand des Beispiels eines grenzüberschreitenden Krankenhauses zwischen Spanien und Frankreich (Cerdanya) zeigt er, dass die MOT bei rechtlich und organisatorisch komplizierten Vorhaben eine koordinative und unterstützende Rolle einnehmen kann. Im Hinblick auf die Vernetzung von Grenzregionen besteht die Rolle der MOT vor allem in den verschiedenen Veranstaltungen, die in Paris und in den Grenzregionen regelmäßig durchgeführt werden (und seit der Covid-19 Pandemie auch zunehmend online). Zudem wirkt das ‚Service-Angebot‘ der MOT auch als vernetzend in dem Sinne, dass projektbezogen sehr unterschiedliche Akteure zusammengebracht werden.

3.3.8. Vortrag von Karl-Heinz Lambertz (Präsident der AGEG)

Karl-Heinz Lambertz ist seit 2009 mit einer kurzen Unterbrechung Präsident der Arbeitsgemeinschaft der europäischen Grenzregionen und hat eine Reihe weiterer hochrangiger Funktionen inne (u.a. Parlamentspräsident der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, Präsidiumsmitglied im Ausschuss der Regionen). Er betonte zunächst, dass mit jeder entwickelten Lösung erfahrungsgemäß weitere Herausforderungen des grenzüberschreitenden Funktionierens aufkämen. Im Hinblick auf die Experimentierklausel, die im Koalitionsvertrag verankert ist, verweist er auf das Format des *European Cross-border Mechanisms*, der ursprünglich für eine solche Funktion gedacht war.

Herr Lambertz nahm in seiner Kommentierung des Workshops eine sehr unterstützende Haltung ein. Aus seiner Sicht und aus seiner langjährigen Erfahrung heraus wäre eine verstärkte Vernetzung von Grenzregionen innerhalb Deutschlands vor allem mit der Hoffnung verbunden, ein größeres Gehör im Politikbetrieb zu erhalten. Er spielt hierbei auf Fragen der ‚kritischen Masse‘ an. Im Hinblick auf den Institutionalisierungs-Prozess riet er dazu, zeitnah und operativ zu starten und gegebenenfalls im Prozess nachzusteuern.

3.3.9. Vortrag von Dawid Statnik (Vorsitzender der Domowina)

Herr Statnik berichtet über den Minderheitenrat, in dem die vier autochthonen nationalen Minderheiten Deutschlands organisiert sind. Dieser ist im Jahr 2004 durch die Verabschiedung einer gemeinsamen Geschäftsordnung entstanden. Die vier Minderheiten umfassen die dänische Minderheit, die friesische Volksgruppe, die deutschen Sinti und Roma sowie die Lausitzer Sorben. Der

Minderheitenrat tagt mindestens zweimal jährlich, hat keine eigene Rechtsperson, und die Kosten werden durch die Verbände getragen. Das hiermit eng verbundene Minderheitensekretariat wurde 2005 in Berlin gegründet und wird seitdem durch das BMI finanziert. Es kann auf ca. drei Personalstellen zurückgreifen.

Das Sekretariat hat die folgenden Aufgaben: Kontaktpflege zu Politik und Verbänden, Informationsarbeit und Interessensvertretung sowie die Durchführung von Projekten und Veranstaltungen. Herr Statnik schätzt den Einfluss des Minderheitenrates über die Jahre hinweg als sehr positiv ein.

3.3.10. Dinner Speech von Frau Rita Schwarzelühr-Sutter (Parlamentarische Staatssekretärin im BMI)

In ihrer Dinner Speech betont Frau PStn Schwarzelühr-Sutter die Relevanz grenzüberschreitender Zusammenarbeit auch aus den Erfahrungen in ihrer eigenen Heimatregion (Landkreis Waldshut an der Grenze zur Schweiz) heraus. Sie nimmt Bezug auf den Koalitionsvertrag mit seinen Aussagen zu Grenzregionen, insbesondere die Grenzscouts, die Regionalräte und die Experimentierklausel. Auch vor diesem Hintergrund begrüßt sie die aktuellen Aktivitäten der Vernetzung und Aktivitäten auf verschiedenen Ebenen.

3.3.11. Podiumsdiskussion zum aktuellen Koalitionsvertrag

Teilnehmende des Podiums waren Frau Botschafterin Anke Meyer, Beauftragte für die Beziehungen zu den Mitgliedstaaten der EU sowie grenzüberschreitende und regionale Zusammenarbeit im Auswärtigen Amt, Ministerialdirektor Jörn Thießen, Leiter der Abteilung ‚Heimat, Zusammenhalt und Demokratie‘ im BMI, sowie Ministerialdirigent Ralf Göbel, der die Moderation übernahm.

Die Eingangsstatements und Diskussionen des Podiums und Plenums erfolgten unter dem Titel ‚Wir verbessern die Zusammenarbeit in Grenzräumen – Auftrag des Koalitionsvertrages‘. Als Tenor zog sich durch die Beiträge, dass die Bundesebene den Grenzräumen in den vergangenen Jahren weniger Aufmerksamkeit gewidmet hat, als dies heute für richtig gehalten wird. Das Potenzial des Themas wird als groß angesehen. Auch im Austausch mit dem Plenum werden die im Koalitionsvertrag genannten neuen Formate diskutiert:

- **Regionalräte:** Es sind bereits in mehreren Grenzregionen Erfahrungen gesammelt worden zu grenzüberschreitenden Parlaments-Kooperationen (u.a. an der deutsch-dänischen Grenze). Diese Erfahrungen sind eher gemischter Natur, wobei eine umfassende Bestandsaufnahme und Auswertung bislang nicht erfolgt ist. Deren Potenzial ist es insbesondere, ‚ein Ohr‘ am lokalen Politikbetrieb zu haben und sich hierüber grenzüberschreitend auszutauschen.
- **Grenzscouts:** Deren mögliche Rolle kann insbesondere im Überwinden von Kommunikationsbarrieren und im Verstärken von Informationsflüssen bestehen. Dies ist auf verschiedenen Ebenen vorstellbar, von der regionalen Ebene über die Länder- bis zur nationalen Ebene. Verwiesen wurde hierbei auf das Beispiel Frankreichs, wo im französischen Außenministerium ein fester Ansprechpartner für Grenzregionen positioniert ist.
- **Experimentierklauseln:** Derartige Klauseln können die rechtliche Flexibilität schaffen, um in räumlich und/oder zeitlich begrenzter Weise Regelungen zu grenzraumspezifischen Problemen zu erproben. Diesbezüglich wurde berichtet, dass derartige Klauseln in Dänemark bereits möglich seien. Aktuelle Anwendungsfälle könnten sich beispielsweise für Themen der Telearbeit in Grenzregionen ergeben.